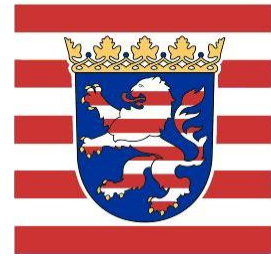




HESSEN



Bericht aus Brüssel

06/2025 vom 17.03.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	7
Wirtschaft.....	8
Verkehr.....	10
Energie.....	11
Digital.....	12
Forschung.....	13
Finanzdienstleistungen.....	15
Finanzen.....	16
Soziales.....	17
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	17
Landwirtschaft und Umwelt.....	18
Justiz.....	20
Inneres.....	22
Bildung und Kultur.....	24
Vorschau.....	25

Europäischer Rat; Sondersitzung am 06.03.2025

Die Staats- und Regierungschefs sind am 06.03.2025 zu einer Sondersitzung des Europäischen Rates (ER) in Brüssel zusammengekommen und haben Schlussfolgerungen zur europäischen Verteidigung verabschiedet. Im Vorfeld des ER hatte Kommissionspräsidentin von der Leyen in einem Schreiben an die ER-Mitglieder den sog. „ReArm Europe-Plan“ vorgestellt. Der darin gemachte Vorschlag, die nationale Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu aktivieren, um den Mitgliedstaaten (MS) zu ermöglichen, ihre Verteidigungsausgaben erheblich zu erhöhen, ohne dabei das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit einzuleiten, wurde vom ER begrüßt. Außerdem hat er den Rat aufgefordert, den Vorschlag von der Leyens, den MS mit einem neuen EU-Instrument abgesicherte Darlehen in Höhe von 150 Mrd. EUR zur Verfügung stellen zu können, zu prüfen. Zugleich sollen die Finanzierungsmöglichkeiten der Europäischen Investitionsbank für die Verteidigungsindustrie angepasst werden. Zudem soll den MS mehr Flexibilität eingeräumt werden, um bisher nicht genutzte EU-Mittel (wie z.B. Kohäsionsmittel) für die Verteidigung einzusetzen. Zur Ukraine einigten sich 26 MS auf einen gemeinsamen Text. Dieser unterstreicht, dass keine Friedensverhandlungen ohne die Ukraine und ohne die Beteiligung Europas geführt werden können. Zugleich müssten für den Frieden die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine geachtet werden. Der ER sprach sich weiterhin für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden aus. Die EU und die MS seien bereit, zusammen mit Gleichgesinnten und NATO-Partnern einen Beitrag zu Sicherheitsgarantien zu leisten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2025/03/06/>

Kommission; Erklärung zu den ersten 100 Tagen

Am 09.03.2024 erklärte Kommissionspräsidentin von der Leyen anlässlich der ersten 100 Tage der Arbeit des neuen Kommissionskollegiums, die Kommission sei gewappnet, die heutigen Krisen zu bewältigen. Man habe die einmalige Chance, ein Europa aufzubauen, das stärker, sicherer und wohlhabender sei. Von der Leyen hob den ReArm-Europe-Plan hervor und erklärte es sei wichtig, festzuhalten, dass die Wirtschaftskraft und der ReArm-Europe-Plan zwei Seiten derselben Medaille seien. Das wirtschaftliche und innovative Potenzial Europas sei ein Trumpf für die Sicherheit Europas. Sie betonte außerdem die Bedeutung des Bürokratieabbaus, auch im Verteidigungssektor. Von der Leyen erläuterte weiter, sie plane in den nächsten Wochen das allererste Sicherheitskolleg der Kommission einzuberufen. So könne sichergestellt werden, dass die Mitglieder des Kollegiums regelmäßig über die Entwicklungen im Bereich der Sicherheit informiert werden, von der äußeren und inneren Sicherheit bis hin zu Energie, Verteidigung und Forschung und von Cybersicherheit über Handel bis hin zu ausländischer Einflussnahme. Nur wenn alle ein klares und eingehendes Verständnis der Bedrohungen, auch der hybriden Bedrohungen, haben, könne man effektiv zur kollektiven Sicherheit beitragen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_721

Rat; Unterstützungsmaßnahme zugunsten der Streitkräfte Montenegros

Am 28.02.2025 hat der Rat im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität eine Hilfsmaßnahme in Höhe von 6 Mio. EUR beschlossen, um die Kapazitäten der montenegrinischen Streitkräfte zu stärken. Ziel ist es, die nationale Sicherheit, Stabilität und Resilienz im Verteidigungssektor zu erhöhen sowie die Beteiligung Montenegros an EU-Operationen und internationalen Koalitionen zu ermöglichen. Unter anderem sollen Ausrüstungen für den Einsatz bei extremen Kältebedingungen, für chemische, biologische, radiologische und nukleare Abwehrmaßnahmen sowie für helikoptergestützte Such- und Rettungseinheiten bereitgestellt werden. Die Unterstützungsmaßnahme ist ein Ergebnis der anhaltenden Zusammenarbeit der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung mit Montenegro und allgemein dem Westbalkan. Zugleich ist sie Ausdruck der vollständigen Angleichung Montenegros an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU im Rahmen der Erweiterungsverhandlungen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/02/28/european-peace-facility-council-adopts-first-ever-assistance-measure-in-support-of-the-armed-forces-of-montenegro/>

Kommission; Partnerschaft zwischen der EU und Indien

Am 28.02.2025 bekräftigte die Kommission während ihres Besuchs in Indien die Bedeutsamkeit der strategischen Zusammenarbeit zwischen beiden Partnern EU und Indien. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte in ihrer Rede, dass die Partnerschaft angesichts globaler Herausforderungen neue Chancen eröffne. Sie sprach dabei drei zentrale Bereiche an, in denen die Zusammenarbeit intensiviert werden solle. Zum einen solle der wirtschaftliche Austausch gestärkt werden, indem Handel und Investitionen ausgebaut, Marktzugänge verbessert und Handelshemmnisse abgebaut werden, insbesondere in Schlüsselindustrien wie Halbleitern, sauberen Technologien, künstlicher Intelligenz und 6G bis zu Hochleistungsrechnern. Ebenfalls solle die Arbeit am Freihandelsabkommen beschleunigt werden. Zum anderen wurde die Bedeutung einer umfassenden Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft hervorgehoben, die darauf abzielt, gemeinsam gegen Bedrohungen wie grenzüberschreitenden Terrorismus, maritime Risiken und Cyberangriffe vorzugehen. Als dritten Schwerpunkt nannte sie die Verbesserung der internationalen Konnektivität, wobei Indien als Brücke zwischen dem Globalen Süden und Europa fungieren solle.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_25_641

Kommission; „ReArm Europe“-Plan

Am 04.03.2024 hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den EU-Staats- und Regierungschefs vor der außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rates am 06.03.2024 einen Vorschlag zur Aufrüstung Europas, den „ReArm Europe“-Plan, vorgestellt. „ReArm Europe“ besteht aus fünf Teilen: 1. Öffentliche Mittel sollen für die Verteidigung auf nationaler Ebene verwendet werden können. Die Kommission plant dafür vorzuschlagen, die nationale Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu aktivieren; 2. Darlehen in Höhe von 150 Mrd. EUR für Investitionen im Verteidigungsbereich; 3. mehr Möglichkeiten zur Nutzung der Mittel des EU-Haushalts für Investitionen im Verteidigungsbereich, Mobilisierung von mehr privatem Kapital; 4. mithilfe der Europäischen Investitionsbank und 5. durch Vorantreiben der Spar- und Investitionsunion. Insgesamt könnten so laut Kommission bis zu 800 Mrd. EUR für ein sicheres und resilientes Europa mobilisiert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_673

Kommission; Erklärung im Nachgang Treffen Ukraine und USA in Saudi-Arabien

Am 11.03.2025 erklärte Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, im Anschluss an das Treffen zwischen der Ukraine und den USA in Saudi-Arabien, dass die EU die gemeinsame Erklärung der Ukraine und der USA im Anschluss an ihr Treffen, einschließlich der Vorschläge für ein Waffenstillstandsabkommen, humanitäre Bemühungen und die Wiederaufnahme des Austauschs von Erkenntnissen und der Sicherheitshilfe der USA, begrüße. Die EU sei bereit, gemeinsam mit der Ukraine, den USA und anderen Partnern ihren Teil zur Unterstützung der bevorstehenden Schritte beizutragen. Ziel der EU sei es, die Ukraine dabei zu unterstützen, einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen, der auf den Grundsätzen der UN-Charta und des Völkerrechts beruht. Der Vorschlag für einen Waffenstillstand könne, sofern er von Russland angenommen wird, ein wichtiger Schritt in diese Richtung sein. Es sei nun an Russland, seine Bereitschaft zu zeigen, Frieden zu schaffen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/03/11/ukraine-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-following-the-ukraine-us-meeting-in-saudi-arabia/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 10.-13.03.2025 in Straßburg

Debatte zur Unterstützung der Ukraine und der Zukunft europäischer Verteidigung

Am 11.03.2025 diskutierten die MdEP mit Kommissionspräsidentin von der Leyen und dem Präsidenten des Europäischen Rates Costa über die Zukunft der europäischen Sicherheit und die Stärkung der EU-Verteidigungskapazitäten. Ursula von der Leyen erklärte, dass „Frieden nicht länger als selbstverständlich angesehen werden kann“ und dass die europäische Sicherheitsordnung „ins Wanken gerät und viele unserer Illusionen erschüttert werden“. Europa müsse seine Verteidigung selbst in die Hand nehmen, denn das „Spektrum der Bedrohungen, mit denen wir konfrontiert sind, wird von Tag zu Tag breiter“. Unter Bezugnahme auf den kürzlich von der Kommission angekündigten Plan „ReArm Europe“ sagte von der Leyen, dass die EU ihre Verteidigungsproduktion erhöhen und beschleunigen müsse und dass der Großteil der neuen Mittel dafür nur von den Mitgliedstaaten kommen könne. Sie sagte auch, dass sich die Investitionen auf die gemeinsame Beschaffung konzentrieren müssten, um die europäische Verteidigungsindustrie zu unterstützen. „Wir haben die Größe, um jedes feindliche Land abzuschrecken, wir haben die Wirtschaftskraft und jetzt haben wir endlich den politischen Willen“, so von der Leyen. Die EU befinde sich in einer entscheidenden Phase, die durch zunehmende geopolitische Spannungen und enormen Druck auf die multilaterale, regelbasierte internationale Ordnung gekennzeichnet sei, erklärte der Präsident des Europäischen Rates, António Costa. Costa bekräftigte, dass „die Sicherheit der Ukraine nicht von der Sicherheit Europas getrennt werden kann“. Die Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden bekräftigte die langjährige Unterstützung des EP für eine stärkere EU-Sicherheit. Viele MdEP unterstützten die jüngsten Vorschläge der Kommission zur Förderung der europäischen Verteidigungsindustrie, zur Stärkung der EU-Grenzen und zur weiteren Unterstützung der Ukraine angesichts der brutalen Aggression Russlands. Mehrere MdEP kritisierten den Rückzug der Trump-Administration von ihren früheren Verpflichtungen zur Verteidigung der Ukraine und forderten eine auf Investitionen und Solidarität basierende EU-Strategie. Andere forderten die Kommission auf, die

diplomatischen Bemühungen für die Ukraine über die militärische Unterstützung hinaus zu verstärken.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-03-11-ITM-003_DE.html

Entschließung zum Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung

In einer am 12.03.2025 angenommenen Entschließung fordert das EP die EU auf, dringend zu handeln und ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten. Dies bedeutet nach Ansicht des EP, die Partnerschaften mit Gleichgesinnten zu stärken und die Abhängigkeit von Nicht-EU-Ländern in Verteidigungsfragen deutlich zu verringern. Ein Weißbuch über die Zukunft der europäischen Verteidigung, das die Kommission und die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik noch im März 2025 vorlegen werden, soll dem Europäischen Rat konkrete Vorschläge unterbreiten, um „wirklich wegweisende und dringend erforderliche Anstrengungen“ und Maßnahmen „wie sie in Kriegszeiten zum Einsatz kommen würden“ zu ermöglichen, fordert das EP in der Entschließung. Um Frieden und Stabilität in Europa zu erreichen, müsse die EU die Ukraine unterstützen und auch selbst widerstandsfähiger werden, erklärt das EP. In der Entschließung heißt es, dass „Europa heute der schwersten militärischen Bedrohung seiner territorialen Integrität seit dem Ende des Kalten Krieges ausgesetzt ist“. Das EP fordert die Mitgliedstaaten (MS), die internationalen Partner und die NATO-Verbündeten u.a. auf, alle Beschränkungen für den Einsatz westlicher Waffensysteme, die an die Ukraine geliefert werden, aufzuheben. Das EP ist des Weiteren der Ansicht, dass die EU klare langfristige Zukunftsvorstellungen für die europäische Verteidigungsindustrie festlegen müsse, und fordert u. a. eine deutliche Steigerung der gemeinsamen Beschaffung von Rüstungsgütern durch die EU-MS.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0034_DE.html

Bürokratieabbau zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

Finanzmarktkommissarin Maria Luís Albuquerque gab am 10.03.2025 im Plenum für die Kommission eine Erklärung zum Thema „Bürokratieabbau und Vereinfachung der Unternehmenstätigkeit in der EU - die ersten Omnibus-Vorschläge“ ab. Wesentliche Aussagen waren: Europa müsse die dramatischen Verschiebungen in der geopolitischen Landschaft als eine Aufforderung zum Handeln betrachten. Die Werte und die Freiheiten der EU hingen auch davon ab, dass „wir unsere wirtschaftliche Basis erhalten und weiterentwickeln, indem wir uns anpassen, innovieren und im weltweiten Wettbewerb bestehen“. Deshalb habe die Kommission der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas in ihrem neuen Mandat Priorität eingeräumt. Der Abbau von Bürokratie sei ein wichtiges Element beim Aufbau dieses wettbewerbsfähigen Europas. Die Kommission habe sich ehrgeizige Ziele für die Verwaltungskosten gesetzt, die für alle Unternehmen um 25% und für KMU um 35% gesenkt werden sollen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-03-10-ITM-016_DE.html

AdR; Fachkommissionssitzung NAT vom 04.03.2025

Am 04.03.2025 fand in Brüssel eine Sitzung der NAT-Fachkommission für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fanden Abstimmungen zu folgenden Stellungnahmeentwürfen statt: „Stärkung der Position der Landwirte in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette“ sowie zu „Arbeitskräfte im Gesundheitswesen Herausforderungen und Lösungen in den Regionen“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=217893&meetingSessionId=2273373>

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung vom 05.03.2025

Am 05.03.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei fanden Meinungs austausche über die folgenden Arbeitsdokumente statt: „Lage der Energieunion: Vorbereitungen für eine reibungslose Energiewende im Einklang mit den Zielen des Pakets Fit für 55“, „Klimapolitik als Beitrag der EU zur COP30 der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC)“ sowie „Naturschutzgutschriften ein Rahmen für die Förderung von biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=218057&meetingSessionId=2273551>

AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung vom 06.03.2025

Am 06.03.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fand eine Abstimmung über den Stellungnahmeentwurf „Schaffung eines Europäischen Forschungsraums: Die lokale und regionale Perspektive“ sowie ein Meinungs austausch zum Arbeitsdokument „Generationengerechtigkeit: Ein lokaler und regionaler Ansatz für die Gestaltung inklusiver und nachhaltiger Gesellschaften“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=218987&meetingSessionId=2274819>

AdR; Fachkommissionssitzung CIVEX vom 07.03.2025

Am 07.03.2025 fand in Brüssel eine Sitzung der CIVEX-Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Dabei fanden Abstimmungen zu folgenden Stellungnahmeentwürfen statt: „Die lokale und regionale Perspektive bei der Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union“, „Erweiterungspaket 2024 Ukraine, Moldau und Georgien“ sowie „Erweiterungspaket 2024 Westbalkan und Türkei“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=218910&meetingSessionId=2274653>

AdR; Fachkommissionssitzung ECON vom 10.03.2025

Am 10.03.2025 fand in Brüssel eine Sitzung der ECON-Fachkommission für Wirtschaftspolitik statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Dabei fanden keine Abstimmungen statt, sondern es wurden Vorträge zu allgemeinen Themen, die in der Fachkommission behandelt werden, präsentiert.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=219361&meetingSessionId=2275271>

AdR; Fachkommissionssitzung COTER vom 13.03.2025

Am 13.03.2025 fand in Brüssel eine Sitzung der COTER-Fachkommission für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei fanden Abstimmungen zu folgenden Stellungnahmeentwürfen statt: „die Kohäsionspolitik als Schlüsselfaktor für die Verwirklichung der Ziele und Reformen der EU - weitere Nutzung ihres leistungsorientierten Ansatzes unter Berücksichtigung von Dezentralisierung, Partnerschaft und Multi-Level-Governance“, „Metropolregionen und funktionale Stadtgebiete als sozioökonomische Impulsgeber für nachhaltige Investitionen im kohäsionspolitischen Rahmen 2020-2027“ sowie „Rolle der Städte und Regionen im Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum“.

<https://mepportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2219035&meetingSessionId=2274867>

Wirtschaft

Kommission; Keine einstweiligen Maßnahmen gegen Lufthansa in Bezug auf das Joint Venture A++

Die Kommission hat am 27.02.2025 beschlossen, ihre Untersuchung zu einstweiligen Maßnahmen gegen Lufthansa einzustellen. Diese war Teil ihrer laufenden umfassenden Untersuchung zum Gemeinschaftsunternehmen A++ von Lufthansa, United Airlines und Air Canada. Das Verfahren zu einstweiligen Maßnahmen zielte darauf ab, Lufthansa zu verpflichten, Condor unter den von den beiden Fluggesellschaften im Juni 2024 vereinbarten Bedingungen wieder Zugang zu ihren Anschlussverbindungen vom und zum Flughafen Frankfurt zu gewähren. Die umfassende Untersuchung zum Gemeinschaftsunternehmen A++ läuft weiter.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_638

Kommission; Start eines strategischen Dialogs zur Zukunft der Stahl-Industrie

Am 04.03.2025 hat die Kommission bekannt gegeben, dass sie einen strategischen Dialog mit Vertretern der Stahlindustrie, Sozialpartnern und anderen Interessenvertretern des Sektors gestartet hat. Ziel des Dialogs ist es, aktuelle Probleme und Herausforderungen der Stahlindustrie zu diskutieren und mögliche Lösungsansätze zu sondieren. Der Dialog ist Teil des Vorhabens der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit der wichtigen Sektoren der europäischen Wirtschaft für die Zukunft zu sichern. Der Stahlindustrie ist laut Kommission ein wesentlicher Faktor für die strategische Autonomie der EU-Wirtschaft. Daher sollen die Ergebnisse des Dialogs in dem geplanten „Aktionsplan für die Stahl- und Metallindustrie“ aufgegriffen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_676

Kommission; Übernahme von Teka durch Midea

Am 04.03.2025 hat die Kommission bekannt gegeben, dass sie die Übernahme von Teka durch Midea mit Standort u. a. in Eschborn nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Das Vorhaben betrifft schwerpunktmäßig die Herstellung und den Verkauf von Haushaltsgeräten.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/M.11684>

Kommission; Europäische Bürgerinitiative zur Gleichstellung der Regionen

Die Kommission prüft derzeit die am 04.03.2025 eingereichte elfte Europäische Bürgerinitiative „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Nachhaltigkeit der regionalen Kulturen“, die von 1.269.351 EU-Bürgern unterstützt wird und die Schwellenwerte in acht Mitgliedstaaten (IRL, ESP, LIT, HUN, BEL, KRO, ROM, SLK) erreichte. Die Initiatoren fordern, die Aufmerksamkeit der Kohäsionspolitik insbesondere auf die Regionen zu lenken, welche sich von den umliegenden Regionen unterscheiden und diesen gleichen Zugang zu verschiedenen Fonds zu gewähren. Zudem müssten ihre spezifischen Besonderheiten erhalten bleiben und ihre wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet werden, damit die kulturelle Vielfalt der EU erhalten bleibe. Die Initiatoren rufen die Kommission auf, Legislativvorschläge zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts der EU vorzulegen.

https://citizens-initiative.europa.eu/initiatives/details/2019/000007_de

Kommission; Wettbewerbe für die Europäische Hauptstadt des intelligenten Tourismus und den europäischen Vorreiter des intelligenten Tourismus für 2026

Die Kommission hat am 05.03.2025 beide Wettbewerbe geöffnet und ruft interessierte Städte und touristische Regionen zur Einreichung ihrer Bewerbungen bis zum 30.05.2025 auf. Mit den Preisen sollen Reiseziele in Europa für innovative Praktiken für intelligenten und nachhaltigen Tourismus ausgezeichnet werden. Der Wettbewerb „Europäische Hauptstadt des intelligenten Tourismus“ steht Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern offen und zeichnet sie für ihre Leistungen in den vier Kategorien Nachhaltigkeit, Zugänglichkeit, Digitalisierung sowie Kulturerbe und Kreativität aus. Mit dem Preis „Europäischer Vorreiter des intelligenten Tourismus“ sollen aufstrebende nachhaltige Tourismusziele in ganz Europa ausgezeichnet werden, wobei insbesondere kleinere Reiseziele mit 25.000 bis 100.000 Einwohnern im Fokus stehen sollen.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/european-capital-smart-tourism-and-european-green-pioneer-smart-tourism-2026-applications-open-2025-03-04_en?prefLang=de

Kommission; Online-Umfrage zum Marktpotenzial von Offsite-Bauweisen für die Wohnungsversorgung

Die Kommission hat eine Online-Umfrage zum Marktpotenzial von Offsite-Bauweisen für die Wohnungsversorgung gestartet. Die Umfrage ist Teil einer Studie der Kommission, die den Markt für Offsite-Bauweisen und deren Potenzial zur kosteneffizienten Beschleunigung des Wohnungsangebots untersucht. Sie basiert auf Forschungsarbeiten des Technischen Sekretariats des „High Level Construction“-Forum. Die Umfrage richtet sich an Fachleute, die mit Offsite-Bauweisen in der EU vertraut sind, bei denen Bauteile vor Ort montiert werden. Sie umfasst vier Hauptthemen: Hindernisse für Offsite-Bauweisen, Marktdynamik und Kundenakzeptanz, Strategien und Regulierung, Verfügbare Technologie. Die Umfrage schließt am 19.03.2025.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Offsite-Construction#>

Kommission; Online-Umfrage zur Erbringung von Bau- und Installationsdienstleistungen im Binnenmarkt

Die Kommission hat eine Online-Umfrage gestartet, um die Herausforderungen bei der Erbringung von Bau- und Installationsdienstleistungen in der EU zu untersuchen. Ziel ist es laut Kommission, die Integration des EU-Binnenmarkts für Bau- und Installationsdienste zu verbessern. Dieser Bereich sei derzeit stark national geprägt. Die Umfrage richte sich an alle Stakeholder und soll konkrete Hindernisse

identifizieren. Genannt werden etwa unterschiedliche Regulierung und komplexe Verwaltungsprozesse. Interessierte können ihre Erfahrungen und Meinungen bis zum 04.04.2025 einbringen.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2a22d22a-ca81-3d54-231d-25b4fb0075c6>

Kommission; Gegenzölle als Reaktion auf US-Stahl- und Aluminiumzölle beschlossen

Die Kommission hat am 12.03.2025 beschlossen, Gegenzölle als Reaktion auf US-Stahl- und Aluminiumzölle einzuführen. Sie kritisiert die Entscheidung der USA, Zölle zu verhängen, als ungerechtfertigt. In ihrer Antwort verfolgt die Kommission einen zweistufigen Ansatz: Zunächst wird sie die bestehenden Gegenmaßnahmen, die 2018 und 2020 gegen die USA verhängt wurden, am 01.04.2025 wieder einführen. Diese Maßnahmen betreffen US-Produkte im Wert von 8 Mrd. EUR, etwa Boote, Bourbon oder Motorräder. Als zweite Maßnahme will die Kommission neue Gegenmaßnahmen für US-Ausfuhren im Wert von über 18 Mrd. EUR einführen. Diese sollen nach Konsultationen mit den Mitgliedstaaten und Interessengruppen bis Mitte April 2025 wirksam werden. Insgesamt könnten die EU-Gegenmaßnahmen somit laut Kommission einen Wert von bis zu 26 Mrd. EUR umfassen, was dem Umfang der US-Zölle entspricht. Trotz dieser Reaktion bleibt die Kommission nach eigenem Bekunden offen für Verhandlungen mit der US-Regierung, um eine Lösung zur Rücknahme der Zölle zu finden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_740

Rat; Tagung der Formation „Wettbewerbsfähigkeit“

Am 12.03.2025 hat der Rat in der Formation „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt und Industrie) getagt. Der Rat hat Orientierungsaussprachen zum „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“, zum „Deal für eine saubere Industrie“, zur Notwendigkeit eines Aktionsplans für Dienstleistungen und den Omnibus-Vereinfachungspaketen gehalten. Zudem wurde über die Entwicklung hin zu einer wettbewerbsfähigen und dekarbonisierten Industrie im Rahmen des CO₂-Grenzausgleichssystems diskutiert. Teile der Mitgliedstaaten haben zu der horizontalen Binnenmarktstrategie, der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und dem Zustand der europäischen Chemie-Industrie informiert. Die Kommission informierte die Delegationen zu ihrem „Aktionsplan für die Automobilindustrie“.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2025/03/12/>

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zur Änderung der Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung

Die Kommission hat am 28.02.2025 eine Konsultation zur Änderung der Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung gestartet. Die Verordnung stellt bestimmte Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Kfz-Sektor von Artikel 101 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union frei. Ziel der Konsultation sei es, die Verordnung vor ihrem Auslaufen am 31.05.2028 zu bewerten. Dabei soll insbesondere die Funktionsweise der Verordnung seit ihrer jüngsten Verlängerung und die Änderungen der Leitlinien in der entsprechenden Mitteilung der Kommission (ergänzende Leitlinien) im Jahr 2023 untersucht werden. Stakeholder können bis zum 23.05.2025 Stellung nehmen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14126-Gruppenfreistellungsverordnung-fur-den-Kraftfahrzeugsektor-Evaluierung_de

Kommission; Konsultation zur „Connecting Europe“-Fazilität 2021-2027

Am 05.03.2025 hat die Kommission die Möglichkeit eröffnet, die „Connecting Europe“-Fazilität zu bewerten. Ziel sei es, die Fortschritte bei der Umsetzung des Programms zur Verbesserung der transeuropäischen Infrastruktur für Energie, Verkehr und Digitales evaluieren zu können. Laut Kommission soll mit dieser Zwischenbewertung schwerpunktmäßig geprüft werden, ob die Umsetzung der Ziele wie beabsichtigt funktioniert. Stellungnahmen zur Funktionsweise der Fazilität können bis zum 28.05.2025 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14238-Fazilitat-Connecting-Europe-2021-2027-Zwischenbewertung_de

Kommission; Aktionsplan zur Förderung von Innovation, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit im Automobilsektor

Am 05.03.2025 hat die Kommission einen Aktionsplan zur Förderung von Innovation, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit im Automobilsektor vorgestellt. Dieser verfolgt laut Kommission drei Hauptziele: die Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die Senkung der Produktionskosten und die Entfaltung der Innovationskraft des Binnenmarkts. Der Plan umfasst fünf Aktionsfelder mit konkreten Maßnahmen bis 2026. Hierzu gehören grenzüberschreitende Testfelder für automatisiertes Fahren und eine europäische Allianz für vernetzte Fahrzeuge. Im Bereich saubere Mobilität werde die Flexibilität bei CO₂-Emissionsnormen bis 2027 sowie Verbesserungen der Ladeinfrastruktur und Recyclingfähigkeit von Batterien angestrebt. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit seien Investitionen in die Batterieindustrie und die Fahrzeugkomponentenproduktion vorgesehen. Zusätzlich wurde eine Mitteilung über saubere Unternehmensflotten veröffentlicht, die Vorschläge zur Förderung emissionsfreier Fahrzeuge auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene enthält.

https://transport.ec.europa.eu/document/download/89b3143e-09b6-4ae6-a826-932b90ed0816_en?filename=Communication%20-%20Action%20Plan.pdf

https://transport.ec.europa.eu/document/download/1498648c-63fc-4715-975d-ccb64703da5_en?filename=Communication%20-%20Decarbonising%20corporate%20fleets.pdf

E n e r g i e

Kommission; Sondierung zur Überprüfung der Energieverbrauchskennzeichnung für gewerbliche Kühlgeräte

Am 03.03.2025 hat die Kommission die Möglichkeit eröffnet, Rückmeldungen zu den Vorschriften der Energieverbrauchskennzeichnung von gewerblichen Kühlgeräten einzureichen. Die Kommission möchte mithilfe der Rückmeldungen einschätzen, ob und in welcher Weise weitere Energie- und Ressourceneinsparungen in diesem Bereich der Energieverbrauchskennzeichnungen erzielt werden können. Die Frist für Rückmeldungen endet am 31.03.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12851-Energieeffizienz-Überprüfung-der-Energieverbrauchskennzeichnung-fur-gewerbliche-Kuhlgerate_de

Kommission; Kommission schlägt Verlängerung der Vorgaben zur Gasspeicherung um zwei Jahre vor

Die Kommission hat am 05.03.2025 vorgeschlagen, die Gasspeicher-Verordnung bis zum 31.12.2027 zu verlängern. Angesichts der derzeitigen geopolitischen Lage und der unbeständigen Situation auf den globalen Gasmärkten soll dies laut Kommission dazu beitragen, die Energieversorgungssicherheit in der EU und die Stabilität des europäischen Gasmarktes zu gewährleisten. Die Verlängerung solle sicherstellen, dass sich die EU koordiniert auf die kommenden Winter vorbereitet. Der Vorschlag wird von einer Empfehlung der Kommission an die Mitgliedstaaten begleitet, unter Berücksichtigung der jeweiligen aktuellen Marktbedingungen bei der Entscheidung über Maßnahmen zum Auffüllen der Speicher vorzugehen.

https://energy.ec.europa.eu/news/commission-proposes-2-year-extension-eu-gas-storage-regulation-2025-03-05_en

EIB; INERATEC sichert sich Finanzierungszusage über 70 Mio. EUR für Europas größte e-Fuel-Anlage in Frankfurt am Main

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat am 05.03.2025 bekanntgegeben, dass INERATEC ein Finanzierungspaket von 70 Mio. EUR erhalten hat. Diese Mittel sollen den Bau von Europas größter Produktionsanlage für nachhaltige e-Fuels in Frankfurt am Main sowie die Weiterentwicklung der e-Fuel-Technologie des Unternehmens ermöglichen. Die Geldsumme stammt in Höhe von 40 Mio. EUR aus einem Venture-Debt-Darlehen der EIB und in Höhe von 30 Mio. EUR aus einem Zuschuss von „Breakthrough Energy Catalyst“. INERATEC nutzt Wasserstoff und biogenes CO₂, um synthetische Kraftstoffe wie nachhaltigen Flugkraftstoff zu erzeugen. Dieser soll zur Dekarbonisierung der Luftfahrt beitragen. Das Unternehmen plant, seine Produktionskapazitäten zu skalieren, um die wachsende Nachfrage nach e-Fuels zu decken und synthetische Kraftstoffe wirtschaftlich tragfähig zu machen.

<https://www.eib.org/de/press/all/2025-119-inatec-secures-eur70-million-financing-commitment-for-europe-s-largest-e-fuel-production-plant-in-frankfurt>

Digital

Kommission; Sachverständigengruppe zu AI

Die Kommission hat am 07.03.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/454 erlassen, welche die Einrichtung eines wissenschaftlichen Gremiums unabhängiger Sachverständiger im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) regeln soll. Dieses Gremium wird auf Grundlage der Verordnung (EU) 2024/1689 des EP und des Rates gegründet, um laut Kommission wissenschaftliche Expertise zur Entwicklung und Implementierung von KI-Politiken bereitzustellen. Es solle politische Entscheidungen zu Nutzung und Entwicklung von KI in der EU beraten und ist der GD CONNECT zugeordnet.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202500454

Kommission; EU und Republik Korea vertiefen Digitalhandelsabkommen

Am 10.03.2025 haben die EU und die Republik Korea die Verhandlungen für ein wegweisendes Digitalhandelsabkommen (DTA) abgeschlossen. Das Abkommen soll die digitalen Wirtschaftsbeziehungen beider Partner stärken und setzt laut Kommission hohe Standards für den digitalen Handel. Es wurde im Rahmen des 12. Handelskomitees des EU-Südkorea-Freihandelsabkommens (FTA) vereinbart. Das DTA enthalte verbindliche Regelungen zu grenzüberschreitenden Datenflüssen, Datenschutz, elektronischen Verträgen und dem Schutz von Quellcodes. Es werde

laut Kommission erwartet, dass das Abkommen den digitalen Handel mit Waren und Dienstleistungen fördere und Unternehmen den Zugang zu Märkten in beiden Regionen erleichtere. Darüber hinaus werde ein neues Komitee zur Zusammenarbeit in den Bereichen der wirtschaftlichen Sicherheit sowie der Resilienz von Lieferketten eingerichtet. Der Entwurf des Abkommens werde dem EP und dem Rat zur Genehmigung vorgelegt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_732

Kommission; Zweite KI-Fabrik in DEU

Am 12.03.2025 hat die Kommission mitgeteilt, dass in Europa sechs neue KI-Fabriken errichtet werden, eine davon in Jülich, Nordrhein-Westfalen. Diese Initiative gab das Gemeinsame Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC JU) bekannt. Die KI-Fabriken sollen im kommenden Jahr ihren Betrieb aufnehmen, mit Standorten in DEU, AUT, BUL, FRA, POL und SLO. Das Projekt wird durch nationale und europäische Investitionen in Höhe von rund 485 Mio. EUR unterstützt. Die neuen Fabriken ergänzen ein bestehendes Netzwerk von KI-Infrastrukturen und bieten laut Kommission umfassende Unterstützung für KI-Start-ups sowie KMUs. Die KI-Fabrik in Jülich wird mit dem Exascale-Supercomputer JUPITER betrieben, der eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Erprobung innovativer KI-Modelle spielt. Diese Initiative soll laut Kommission die europäische KI-Innovation vorantreiben und den wachsenden Bedarf der Industrie decken.

https://eurohpc-ju.europa.eu/eurohpc-ju-selects-additional-ai-factories-strengthen-europes-ai-leadership-2025-03-12_en

F o r s c h u n g

Kommission; Horizont Europa; Kooperation EU mit Indien

Am 28.02.2025 hat die Kommission dem Partnerland Indien eine enge Beteiligung am EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa angeboten. Konkret schlug Forschungskommissarin Ekaterina Zaharieva eine Assoziierung Indiens mit Horizont Europa vor. Zaharieva war Teil einer größeren EU-Delegation unter Leitung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Der Kommissarin zufolge könnten Indien und die EU bei einer Reihe von Projekten in den Bereichen Klimaneutralität, Katastrophenschutz, Ozeane, Quanten, Biotechnologie, Halbleiter, Sicherheit, Verteidigung, KI und Weltraum zusammenarbeiten. Einen Zeitplan für die Verhandlungen wurde von der Kommission noch nicht vorgelegt. Die EU und Indien haben sich parallel auf eine gemeinsame Forschungszusammenarbeit durch außergewöhnliche koordinierte Ausschreibungen zu den Themen Recycling von Batterien für Elektrofahrzeuge, Plastikmüll im Meer und die Umwandlung von Abfall in Wasserstoff geeinigt. Die Gesamtfinanzierung für die gemeinsamen Aufforderungen wird auf 60 Mio. EUR beziffert.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/evaluation-eu-india-science-technology-agreement-highlights-achievements-and-showcases-future-2025-02-25_en

Kommission; Europäischer Forschungsraum (ERA); Ratsempfehlung

Die Kommission hat am 28.02.2025 eine Empfehlung vorgelegt, die sich mit der Zukunft des Europäischen Forschungsraums (ERA) befasst und Handlungsempfehlungen für die engere Zusammenarbeit im Forschungsbereich unterbreitet. Ziel ist, dass der Rat diese Empfehlung in den kommenden Monaten verabschiedet. Zu den angestrebten Ergebnissen gehören u.a. ein gemeinsamer

Fahrplan zur Kooperation zu KI in der Wissenschaft, eine strukturelle Zusammenarbeit mit politischen Vertretern und Experten zum Thema Forschungssicherheit und eine „Beobachtungsstelle“ für die europäische Wissenschaftslandschaft. Die Kommission kündigt in der Empfehlung an, dass sie in den kommenden Monaten ein Gesetz zum Forschungsraum („ERA Act“) vorlegen möchte. Die Empfehlung richtet auch einen Appell an die Mitgliedstaaten, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu steigern. Wichtige Elemente für ERA sind laut Kommission die Prinzipien und Grundwerte der offenen Wissenschaft (zur Nutzung und Wiederverwendung von Daten), die Stärkung der Forschungsinfrastrukturen, die Gleichstellung der Geschlechter, d.h. Chancengleichheit für alle und Inklusion, sowie die Mobilität von Forschenden. Auch solle das aktuelle System der Forschungsbewertung reformiert werden, anhand derer die Evaluation von Forschenden und ihrer Leistungen erfolgt.

https://european-research-area.ec.europa.eu/sites/default/files/documents/2025-02/COM_2025_62_F1_PROPOSAL_FOR_A_RECOMMENDATION_EN_V5_P1_39_51028.PDF

Kommission; Nuklearforschung; Euratom; Horizont Europa

Am 03.03.2025 hat die Kommission einen Vorschlag zur Verlängerung des Euratom-Forschungs- und Ausbildungsprogramms bis für die Jahre 2026-27 vorgelegt, der nun im Rat erörtert werden soll. Mit dieser Verlängerung sollen die im Rahmen des Programms 2021-2025 begonnenen Initiativen fortgesetzt werden. Der Vorschlag umfasst die Bereiche: Ausbau der Sicherheitsforschung, die Stärkung von Partnerschaften (Kooperationen in den Bereichen Strahlenschutz, Abfallentsorgung und Kernmaterial), Ausbau der allgemeinen und beruflichen Bildung und Förderung der Forschung im Bereich der nuklearen Sicherheit. Insbesondere will die Kommission auch im Bereich Fusionsenergieforschung voranschreiten. Geplant ist laut Kommission die Entwicklung einer neuen Partnerschaft, die den öffentlichen und den privaten Sektor umfasst, um Planung und Bau künftiger Fusionskraftwerke zu bewältigen. Zudem sind Mobilitätsfördermaßnahmen für Studierende und Forschende vorgesehen.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/continuing-excellence-nuclear-safety-and-innovation-2025-03-03_en

Rat; Informeller Forschungsrat

Am 10./11.03.2025 tagten die Forschungsministerinnen und -minister der EU in informeller Sitzung unter POL Vorsitz. Die Beratungen fokussierten sich laut Kommission auf die Zukunft des aktuellen Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa, aktuell fänden innerhalb der Kommission Vorbereitungen für das Nachfolgeprogramm „FP10“ statt. Die Ratsdelegationen verabschiedeten dazu eine „Warschauer Erklärung“. Die Delegationen fordern darin ein angemessenes Budget für das künftige Rahmenprogramm, das der Dimension der aktuellen Herausforderungen entspricht. Der Rat fordert in der Erklärung die Kommission zudem dazu auf, ihren ersten Vorschlag für ein FP10 mit struktureller Unabhängigkeit des Programms in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zu erarbeiten. FP10 solle auch künftig exzellente Forschung und Innovation (F&I) fördern. Die Ministerinnen und Minister bekräftigen, dass sich die F&I-Rahmenprogramme in ihrer 40-jährigen Geschichte als „das wichtigste Instrument der Union zur Förderung von exzellenter Wissenschaft, technologischer Entwicklung und Innovation“ erwiesen haben. Daher sei rückblickend die Eigenständigkeit der Programme relevant gewesen. Die Programme haben, so die Ratsdelegationen, auch das Wohlergehen, den Wohlstand und die Sicherheit der Bürger, die Wettbewerbsfähigkeit der Union, die wirtschaftliche Stabilität und einen starken Binnenmarkt unterstützt. Der Europäische

Forschungsrat (ERC) und der Europäische Innovationsrat (EIC) sollen weiterhin eine zentrale Rolle im F&I-Rahmen der EU spielen.

https://polish-presidency.consilium.europa.eu/media/r5fa13v5/warsaw-declaration_final.pdf

Kommission; EuroHPC; Künstliche Intelligenz (KI); KI-Fabriken; Hochleistungsrechnen

Am 12.03.2025 hat die Kommission bekannt gegeben, dass in Zuge der letzten Förderrunde des „EuroHPC“ sechs neue KI-Fabriken von der EU im Bereich Hochleistungsrechnen kofinanziert werden sollen. An insgesamt sechs neuen Standorten sollen die KI-Fabriken 2026 in Betrieb genommen werden: neben DEU befinden sich diese in AUT, BUL, FRA, DEU, POL und SLO. Sie werden durch nationale und europäische Investitionen in Höhe von rund 485 Mio. EUR unterstützt. Der geförderte Standort in Deutschland wird eine KI-Fabrik in Jülich sein. Mit der JUPITER AI Factory (JAIF) soll dort „ein zentraler Pfeiler der europäischen KI-Infrastruktur“ entstehen, so die Kommission. Die JAIF nutzt die Fähigkeiten von Europas erstem Exascale-Supercomputer JUPITER. JAIF soll auch eine experimentelle Plattform für die Entwicklung und Erprobung von KI-Modellen bieten. Die Ergebnisse der Förderrunde sind auch für Hessen und das hessische Innovationsökosystem relevant. Zu den Partnern von JAIF Jülich gehört insbesondere auch das Hessische Zentrum für Künstliche Intelligenz (hessian.AI), das hessian.AISC Service Center for Artificial Intelligence sowie das Zentrum für Künstliche Intelligenz der RWTH Aachen und weitere Partner (darunter u.a. Fraunhofer-Institute).

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/deutschland-entsteht-zweite-europaische-ki-fabrik-2025-03-12_de

Finanzdienstleistungen

EZB; Bericht zu Kartenzahlung in der EU

Laut einem Bericht der EZB vom 28.02.2025 sind Kartenzahlungen mit einem Volumen von 70 Mrd. EUR im Jahr 2023 die wichtigste elektronische Zahlungsmethode in der EU. Sie entsprechen demnach 54% aller bargeldlosen Transaktionen. Internationale Kartensysteme dominierten 2022 etwa 61% der Kartentransaktionen im Euroraum, während nationale Systeme nur 39% ausmachten. 13 Mitgliedstaaten des Euroraums (AUT, CYP, ESP, EST, FIN, GRI, IRL, KRO, LET, LIT, LUX, NDL, SLK) seien vollständig auf internationale Kartensysteme angewiesen. Laut dem Bericht würden nationale Kartensysteme tendenziell an Marktanteilen verlieren. Zudem gebe es vier große grenzüberschreitende Kartenprozessoren in der EU, aber keiner von ihnen sei vollständig in der EU ansässig.

https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2025/html/ecb.pr250228_1~7f0697af45.de.pdf

EZB; Senkung der Leitzinsen

In seiner geldpolitischen Sitzung am 06.03.2025 senkte der EZB-Rat die drei Leitzinsen um jeweils 25 Basispunkte. Damit liegt der Einlagensatz mit Wirkung ab dem 12.03.2025 bei 2,50%, der Hauptrefinanzierungssatz bei 2,65% und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 2,90%. Die Inflation wird für 2025 auf 2,3%, für 2026 auf 1,9% und für 2027 auf 2,0% geschätzt, mit einer Revision für 2025 aufgrund höherer Energiepreise. Die Kerninflation ohne Energie und Lebensmittel wird 2025 bei 2,2% erwartet. Die Prognose des Wirtschaftswachstums für 2025 wurde auf 0,9% gesenkt, mit einer moderaten Erholung für 2026 und 2027 (1,2% bzw. 1,3%). Diese

Korrekturen spiegeln laut EZB schwächere Exporte und eine anhaltende Investitionsschwäche wider. Der EZB-Rat betonte, dass seine geldpolitischen Entscheidungen weiterhin datenabhängig blieben und er sich nicht im Vorfeld auf einen bestimmten Zinspfad festlege.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2025/html/ecb.mp250306~d4340800b3.de.html>

EBA; Konsultation zu neuen Anti-Geldwäsche-Vorschriften

Am 06.03.2025 veröffentlichte die Europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA eine Konsultation zu vier Entwürfen für technische Regulierungsstandards, die eine zentrale Rolle im neuen Anti-Geldwäsche-Regelwerk einnehmen sollen. Konkret sollen die Standards laut EBA bestimmen, auf welche Weise Institutionen und Aufsichtsbehörden ihren Verpflichtungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nachkommen werden, u.a. mit Blick auf die Frage, welche Institute künftig einer direkten Aufsicht durch die neue EU-Antigeldwäschebehörde AMLA unterliegen. Eine Teilnahme an der Konsultation ist noch bis zum 06.06.2025 möglich.

<https://www.eba.europa.eu/publications-and-media/press-releases/eba-consults-new-rules-related-anti-money-laundering-and-counteracting-financing-terrorism-package>

F i n a n z e n

EuRH; Unzureichende Kontrolle bei öffentlichen Aufträgen und Staatshilfen

In einem am 10.03.2025 veröffentlichten Bericht stellt der Europäische Rechnungshof (EuRH) fest, dass die Kontrollsysteme der EU-Mitgliedstaaten (MS) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und staatlicher Hilfen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) – dem Herzstück des Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU – nicht ausreichend gewesen seien. Besonders die Kontrolle der öffentlichen Auftragsvergabe stelle sich laut EuRH vielfach mangelhaft dar, etwa mit Blick auf Umfang, Qualität und Zeitplan der Kontrollen. Hinzu komme, dass die MS geschuldete Beträge in der Praxis nicht immer zurückverlangten und – selbst, wenn sie dies tun – nicht zwingend an den EU-Haushalt zurücküberwiesen oder von künftigen ARF-Zahlungen abzögen. Im Ergebnis bedeute dies laut EuRH, dass Zahlungen aus der ARF sogar bei Verstößen gegen Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe oder für staatliche Beihilfen in voller Höhe geleistet werden könnten.

https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2025-09/SR-2025-09_EN.pdf

Rat; Eurogruppe und ECOFIN-Rat

Im Vorfeld der Sitzung des ECOFIN-Rates am 11.03.2025 fand eine informelle Aussprache auf Ministerebene zur Verteidigungsfinanzierung statt. Daraufhin führte der ECOFIN-Rat u.a. einen Gedankenaustausch zu den beiden von der Kommission vorgestellten Omnibus-Paketen. Zudem erzielte der Rat eine politische Einigung über die Änderung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (DAC 9). Weiterhin nahm der Rat die geänderten Aufbau- und Resilienzpläne von BEL und IRL an, billigte Schlussfolgerungen zur Straffung und Vereinfachung im Steuerbereich und nahm das Paket „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“ förmlich an. Bereits am Vortag hatte sich die Eurogruppe u.a. mit den bisherigen Erfahrungen bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Haushaltsplänen im Rahmen der haushaltspolitischen Koordinierung sowie den Entwicklungen im Bereich der Kryptomärkte befasst.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2025/03/10/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2025/03/11/>

EIB; Mehr Flexibilität bei der Verwaltung von Investitionskapazität

Am 11.03.2025 fasste der Rat einen Beschluss, durch den der Europäische Investitionsbank (EIB) mehr Flexibilität bei der Verwaltung ihrer Investitionskapazität zugestanden werden soll. Durch eine Änderung der EIB-Satzung sollen die Leitungsorgane der EIB die uneingeschränkte Befugnis erhalten, das maximale Verhältnis der ausstehenden Darlehen und Bürgschaften der Bank zu dem gezeichneten Kapital, den Rücklagen, den nicht zugeteilten Provisionen und dem Überschuss der Gewinn- und Verlustrechnung zu bestimmen. Damit soll die EIB laut eigenem Bekunden in die Lage versetzt werden, die politischen Prioritäten der EU stärker zu unterstützen, ohne die finanzielle Stabilität der EU zu gefährden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6143-2025-INIT/de/pdf>

Soziales

Kommission; Fahrplan zur Stärkung der Frauenrechte

Die Kommission hat am 07.03.2025 einen Fahrplan für Frauenrechte und einen Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU 2025 vorgestellt. Damit sollen die europäische Agenda zur Stärkung der Frauenrechte und die Politik zur Gleichstellung der Geschlechter laut Kommission neue Impulse erhalten. Denn aus Sicht der Kommission sind die Fortschritte in diesen Politikbereichen unzulänglich. Zum einen habe etwa jede dritte Frau in der EU bereits körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren. Zum anderen seien nach wie vor Lücken bei der Beschäftigung vorhanden und das Problem ungleicher Bezahlung bestünde fort. So seien Frauen in Niedriglohnssektor überrepräsentiert, während sie in Führungspositionen unterrepräsentiert seien. Ziele des Fahrplans für Frauenrechte seien u.a. ein Leben ohne geschlechtsspezifische Gewalt, höchste Gesundheitsstandards in Bezug auf den Zugang von Frauen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit sowie Lohngleichheit und die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung von Frauen. Weitere Ziele seien eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten, angemessene Arbeitsbedingungen und eine hochwertige und inklusive Bildung.

https://commission.europa.eu/document/download/0c3fe55d-9e4f-4377-9d14-93d03398b434_en?filename=Gender%20Equality%20Report%20Chapeau%20Communication.pdf

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Verordnungsvorschlag zu kritischen Arzneimitteln

Die Kommission hat am 12.03.2025 einen Vorschlag für eine Verordnung zur besseren Verfügbarkeit von Arzneimitteln in der EU vorgelegt. Die Verordnung ziele in erster Linie auf kritische Arzneimittel, bei denen ein Versorgungsengpass zu ernsthaften Gesundheitsrisiken in der EU führen würde (wie z.B. Antibiotika und Antithrombotika sowie solche zur Behandlung von Krebs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen). Durch die neuen Regeln sollen die pharmazeutischen Lieferketten diversifiziert und die komplexen Ursachen von Arzneimittellengpässen wie z.B. Herstellungsprobleme oder mangelhafte Versorgung mit Schlüsselinhaltsstoffen behoben werden. Gleichzeitig diene der Vorschlag der Verringerung der Abhängigkeit Europas von einzelnen Lieferanten und Drittländern, insbesondere bei Generika. Bestandteil der Verordnung

sollen u.a. strategische Projekte der Mitgliedstaaten (MS) sein, um europäische Produktionskapazitäten für kritische Arzneimittel oder ihre Inhaltsstoffe zu schaffen bzw. vorhandene Kapazitäten auszubauen und zu modernisieren. Flankierend wurden von der Kommission neue Leitlinien für staatliche Beihilfen veröffentlicht, um MS zu unterstützen, die in solche strategischen Projekte investieren wollen. Auf Antrag der MS will die Kommission auch eine kollektive Beschaffung durch verschiedene MS fördern, um kritische Arzneimittel und andere Arzneimittel von gemeinsamem Interesse EU-weit verfügbar zu machen. Unternehmen sollen verpflichtet werden, vorrangig in der EU herzustellen und zu liefern, wenn sie eine finanzielle Unterstützung für ein Strategisches Projekt erhalten.

https://health.ec.europa.eu/document/download/2abe4fc8-059e-47d9-a20a-d9e3bfc5dc2c_en?filename=mp_com2025_102_act_en.pdf

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Fortschritte bei der Nutzung nachhaltiger Flugkraftstoffe

Die Kommission hat am 28.02.2025 einen Bericht über die Entwicklung des Marktes für nachhaltige Flugkraftstoffe (SAF) und deren Bereitstellung in der EU veröffentlicht. Die Kommission stellt fest, dass die Industrie auf einem guten Weg sei, um die Beimischungsquote von 2% SAF an EU-Flughäfen bis 2025 zu erreichen; auch das 6%-Ziel bis 2030 sei erreichbar. Dabei spiele die ReFuelEU Aviation-Verordnung und der darin verankerte Flexibilitätsmechanismus eine entscheidende Rolle. Verbesserungsbedarf sähe die Kommission u.a. bei der Umsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten, insbesondere bei der Umsetzung der vorgesehenen Sanktionen bei Nichteinhaltung. Zudem solle die Überwachung von SAF-Transaktionen verbessert und der Verwaltungsaufwand für Treibstofflieferanten und Fluggesellschaften reduziert werden, bspw. durch eine Vereinfachung der Berichtspflichten.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/commission-brings-clarity-refueleu-aviation-implementation-2025-02-28_en

Kommission; Fortschritte bei der Erreichung der Null-Schadstoff-Ziele

Am 03.03.2025 veröffentlichte die Kommission und die Europäische Umweltagentur (EUA) den zweiten Bericht zu den Fortschritten der EU bei der Erreichung der sechs Null-Schadstoff-Ziele: 1.) Verbesserung der Luftqualität; 2.) Verringerung der unter (chronischer) Belastung aufgrund von Verkehrslärm leidender Menschen um 30%; 3.) Verringerung des Anteils der Ökosysteme, in denen Luftschadstoffe die biologische Vielfalt gefährden, um 25%; 4.) Verbesserung der Bodenqualität; 5.) Verbesserung der Wasserqualität; 6.) Reduzierung des Abfallaufkommens. Dem Bericht zufolge habe die EU-Politik zur Verringerung der Luftverschmutzung, des Einsatzes von gefährlichen Pflanzenschutzmitteln (Ist: -25%; Soll: -50%) und der Kunststoffabfälle auf See beigetragen; die Verschmutzung insbesondere durch schädlichen Lärm (Ist: -2%; Soll: -30%), die Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt (Ist: +7-9%; Soll: -30%), die Nährstoffbelastung in der Landwirtschaft (Ist: keine Veränderung; Soll: -50%) und das Abfallaufkommen (Ist: -1,5%; Soll: -50%) sei jedoch nach wie vor zu hoch. Deshalb seien weitere Maßnahmen erforderlich, um die Ziele für die Verringerung der Umweltverschmutzung bis 2030 zu erreichen. Zudem verdeutliche das erste Null-Schadstoff-Dashboard, dass die Stadt Gießen für den Zeitraum 2020-2022 zu den saubersten Regionen Europas und die Stadt Berlin zu den drei Hauptstadtregionen mit der geringsten Belastung durch Verkehrslärm gehörten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_634

Kommission; Änderung der EU-Bio/Öko-Verordnung

Die Kommission hat am 04.03.2025 eine Änderung der EU-Bio/Öko-Verordnung (d.h. von Anhang II Teil VI Nummer 3.3 der VO(EU) 2018/848) beschlossen. Gemäß der nun verabschiedeten delegierten Verordnung (EU) 2025/405 dürfen alkoholfreie Weine künftig auch das EU-Bio Siegel tragen. Auf Antrag DEU sprach sich die Kommission für die Aufnahme der sog. Vakuumdestillation in die Bio/Öko-Verordnung aus. Bislang war dieses Verfahren zur Entalkoholisierung von Weinen nur für Weine aus konventionellem Anbau zugelassen. Angesichts eines insgesamt sinkenden Weinkonsums können Bio-Winzerinnen und -Winzer in Zukunft alkoholfreien Wein mit dem Bio-Siegel vermarkten.

<https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/021-bio-wein.html>

EuGH; Urteil in der Rechtssache C-20/24 (Cymdek) zu Fluggastrechten

Der EuGH hat am 06.03.2025 in seinem Urteil in der Rechtssache C-20/24 (Cymdek) verkündet, dass eine Bordkarte für Fluggäste ausreichend sei, um eine bestätigte Buchung für einen Flug nachzuweisen. Der Gerichtshof bejaht zudem die von dem polnischen Gerichtshof aufgeworfene Frage, ob Fluggäste – entgegen der Auffassung des Luftfahrtunternehmens, welches den Flug mit einer Verspätung von über 22 Stunden ausführte – eine Ausgleichszahlung im Sinne einer Verspätungsentschädigung nach der EU-Flugrechte-Verordnung 261/2004 erhalten müssen. Die Fluglinie hatte geltend gemacht, dass die Bordkarten kein hinreichender Beleg dafür seien, dass die Betroffenen über eine bestätigte und bezahlte Buchung für den Flug verfügten. Das polnische Gericht hatte den Gerichtshof in einem Vorabentscheidungsverfahren um Auslegung der Art. 2 und 3 der Fluggastrechte-VO ersucht.

<https://curia.europa.eu/juris/showPdf.jsf?jsessionid=0DE960295CB71940A3CCD35904EFC276?text=&docid=283119&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=706966>

Kommission; Vorschlag zur Absenkung des Schutzstatus für den Wolf

Am 07.03.2025 hat die Kommission ihren Vorschlag zur Absenkung des Schutzstatus für den Wolf von „streng geschützt“ zu „geschützt“ mittels einer gezielten Änderung der Anhänge IV und V der Habitat-Richtlinie 92/43/EWG vorgelegt. Damit soll die „FFH-Richtlinie“ an den geänderten Schutzstatus des Wolfes im Rahmen der Berner Konvention angepasst werden, welche vom Europarat bereits am 06.12.2024 beschlossen worden war und am 07.03.2025 in Kraft getreten ist. Durch die Änderung der „FFH-RL“ soll den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität beim Management der lokalen Wolfspopulationen gegeben werden. Sie sollen weiterhin verpflichtet sein, Erhaltungs- und Managementmaßnahmen durchzuführen, um einen günstigen Erhaltungszustand für den Wolf zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Zudem sollen sie weiterhin die Möglichkeit haben, ein höheres Schutzniveau für den Wolf beizubehalten, wenn sie dies nach nationalem Recht für notwendig erachten. Der Vorschlag muss nun von EP und Rat angenommen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_711

EuGH; DEU wegen Nichtumsetzung der Hinweisgeber-Richtlinie zur Zahlung von 34 Mio. EUR verurteilt; weitere Urteile gegen andere Mitgliedstaaten

Der EuGH hat am 06.03.2025 in der Rechtssache C-149/23 (C-149/23 Kommission / DEU u. a.) DEU im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens zur Zahlung eines Pauschalbetrages in Höhe von 34 Mio. EUR verurteilt. Zur Begründung verweist er auf den Umstand, dass DEU die Richtlinie 2019/1937 (Hinweisgeber-RL) nicht innerhalb der vorgesehenen Umsetzungsfrist (Dezember 2021) umgesetzt hat, sondern erst mit dem Hinweisgeberschutzgesetz, das im Juli 2023 in Kraft trat. Der EuGH betont die hohe Bedeutung der Hinweisgeber-RL als ein entscheidendes Instrument des Unionsrechts zur Verhinderung von Verletzungen des öffentlichen Interesses in besonders sensiblen Bereichen wie z.B. der öffentlichen Auftragsvergabe oder der Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Neben DEU wurden mit gesonderten Urteilen am gleichen Tag auch LUX, CZR, EST und HUN wegen nicht oder nicht rechtzeitiger Umsetzung der Hinweisgeber-RL zur Zahlung eines Pauschalbetrages verurteilt, EST zusätzlich zur Zahlung eines täglichen Zwangsgeldes. In gesonderten Klagen hatte die Kommission beantragt, festzustellen, dass DEU, LUX, CZR, EST und HUN dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus der Hinweisgeber-RL verstoßen haben, dass sie die Vorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen, nicht oder nicht rechtzeitig erlassen oder jedenfalls der Kommission nicht mitgeteilt haben.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=EA566D0AC39D5641D6498C1024FCF136?text=&docid=296195&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9126562> (DEU)

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=296196&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9126856> (LUX)

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=296197&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9127300> (CZR)

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=296198&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9127387> (EST)

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=296199&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9127537> (HUN)

EuGH; Richterliche Unabhängigkeit: Unzulässige Entziehung von Rechtssachen

Mit Urteil vom 06.03.2025 in den verbundenen Rechtssachen C-647/21 (D.K.) und C-648/21 (M.C. und M.F.) hat der EuGH klargestellt, dass die Entziehung von Rechtssachen eines Richters zwingend an objektive und klar definierte Kriterien gebunden ist und stets begründet werden muss. Der Grundsatz der Unabhängigkeit der Richter bedeute, dass sie vor unzulässigen Eingriffen geschützt werden müssen, auch innerhalb des betreffenden Gerichts. Könne ein Kollegium eines Gerichts einem Richter seine Rechtssachen entziehen, ohne dabei objektive und genaue Kriterien einhalten und ohne dies begründen zu müssen, könne dies die Unabhängigkeit der Richter gefährden. Es könne nämlich nicht ausgeschlossen werden, dass diese Entziehung willkürlich erfolgt oder eine verdeckte Disziplinarstrafe darstellt. Im Ausgangsfall entzog das Kollegium eines POL Regionalgerichts einer Richterin im Oktober 2021 ohne Vorankündigung etwa 70 anhängige Rechtssachen, in welchen sie Berichterstatterin war. Der ohne ihre Zustimmung erlassene Beschluss wurde ihr nicht zugestellt und enthielt keine Begründung. Der Richterin wurde auch der Zugang zu seinem Inhalt verweigert. Anschließend wurden die betreffenden Rechtssachen jeweils einem anderen Richter zugewiesen. Das nationale Gericht ist – sofern es prüft und bestätigt, dass gegen das Unionsrecht verstoßen wurde – verpflichtet, die

rechtswidrigen Folgen der Entziehung zu beheben, so dass die betreffende Richterin weiterhin in den ihr vor der Entziehung zugewiesenen Rechtssachen tätig sein kann.
<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=296193&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=28833071>

Rat; Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ (Teil Justiz)

Der Rat „Justiz und Inneres“ (Justiz) tagte am 07.03.2025 in Brüssel. Die Ministerinnen und Minister erörterten die Bekämpfung der Straflosigkeit im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen in der Ukraine. Thema war laut Rat u.a. die bestmögliche Unterstützung der Arbeit des Sondergerichtshofs, der in Kürze unter der Schirmherrschaft des Europarats eingerichtet wird. Beraten wurde auch der Richtlinienvorschlag zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts, eine Schlüsselinitiative des Aktionsplans zur Kapitalmarktunion. Dabei geht es um die Herausforderungen für grenzübergreifend tätige Anleger, bei der Bewertung von Investitionsmöglichkeiten 27 unterschiedliche Insolvenzregelungen berücksichtigen zu müssen. Schließlich billigte der Rat Schlussfolgerungen zur Anwendung der EU-Charta der Grundrechte, u.a. hinsichtlich der Frage, wie die Finanzierung die Grundrechte fördern, schützen und durchsetzen kann. Es wird darin betont, dass zivilgesellschaftliche Organisationen besonders wichtig seien, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU in den Genuss der in der Charta verankerten Grundrechte kommen, und dass EU-Mittel für die Wahrnehmung dieser Rechte von entscheidender Bedeutung seien. Ferner wird hervorgehoben, dass diese Finanzierung mit den einschlägigen Vorschriften und Verpflichtungen im Einklang stehen muss. Bei ihrem Arbeitssessen befassten sich die Justizministerinnen und -minister zudem mit der Rechtsstaatlichkeit, v.a. mit der Frage, wie die nationalen Justizsysteme im Falle einer drohenden Untergrabung ihrer Unabhängigkeit und Unparteilichkeit besser geschützt werden können, sowie mit der Angemessenheit des diesbezüglichen EU-Instrumentariums.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2025/03/07/>

Kommission; Online-Gebrauchtwarenhändler informieren Verbraucher nicht ausreichend über Rückgaberechte

Am 07.03.2025 veröffentlichten die Kommission und die nationalen Verbraucherschutzbehörden von 25 Mitgliedstaaten sowie Island und Norwegen die Ergebnisse einer Überprüfung („Sweep“) von Online-Händlern, die Gebrauchtwaren wie Kleidung, elektronische Geräte oder Spielzeug verkaufen. Sog. „Sweeps“ werden von der Kommission koordiniert und von den nationalen Durchsetzungsbehörden zeitgleich durchgeführt. Mit dem aktuellen „Sweep“ sollte laut Kommission überprüft werden, ob die Praktiken der o.g. Händler mit dem EU-Verbraucherrecht im Einklang stehen. Die Verbraucherschutzbehörden überprüften 356 Online-Händler und stellten fest, dass 185 (52%) von ihnen möglicherweise gegen das EU-Verbraucherrecht verstoßen. Sie werden nun entscheiden, ob sie Maßnahmen gegen diese 185 Unternehmer ergreifen und die Einhaltung der Vorschriften gemäß ihren nationalen Verfahren verlangen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_706

EuGH; Schlussanträge: Klage der Kommission betreffend den POL Verfassungsgerichtshof wird für begründet gehalten

Generalanwalt Dean Spielmann (LUX) hat am 11.03.2025 in der Rechtssache C-448/23 (Kommission / Polen: Ultra-Vires-Kontrolle der Rechtsprechung des Gerichtshofs – Vorrang des Unionsrechts) seine Schlussanträge vorgelegt. Er hält die am 15.02.2023 beschlossene Vertragsverletzungsklage der Kommission betreffend den POL Verfassungsgerichtshof für begründet. Diese befasst sich u.a. mit zwei

Urteilen, die dieser am 14.07.2021 und 07.10.2021 erlassen und darin die Vereinbarkeit des Unionsrechts und der Urteile des EuGH mit der POL Verfassung in Frage gestellt hatte. Der Generalanwalt schlägt vor, festzustellen, dass POL seinen Verpflichtungen aus dem Unionsrecht nicht nachgekommen ist. Der vom POL Verfassungsgerichtshof in diesen Urteilen eingenommene Standpunkt stelle eine beispiellose Rebellion dar, die dem Vorrang, der Autonomie und der Wirksamkeit des Unionsrechts erheblichen Schaden zufüge. Gestützt auf den von der Kommission vorgetragenen und von der POL Regierung eingeräumten Sachverhalt, hält er bei der Ernennung von drei Richtern sowie der Präsidentin des POL Verfassungsgerichtshofs in den Jahren 2015 und 2016 mehrere offenkundige und schwerwiegende Unregelmäßigkeiten für gegeben. Daher könne der POL Verfassungsgerichtshof nicht als ein unabhängiges, unparteiisches und durch Gesetz errichtetes Gericht im Sinne des Unionsrechts eingestuft werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=296431&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=7459588>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU: Aufforderung zur ordnungsgemäßen Umsetzung des Europäischen Haftbefehls

Am 12.03.2025 hat die Kommission DEU, CZR, KRO und LET zur ordnungsgemäßen Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl aufgefordert. Die Kommission hat damit die nächste Stufe in den dazu bereits laufenden Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und jeweils eine mit Gründen versehene Stellungnahme an diese Mitgliedstaaten versandt. Der Europäische Haftbefehl ist ein vereinfachtes grenzüberschreitendes justizielles Verfahren für die Übergabe einer gesuchten Person zwecks Strafverfolgung oder Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung. Die Kommission ist der Auffassung, dass DEU die Bestimmungen über konkurrierende internationale Verpflichtungen sowie über die fakultativen und zwingenden Ablehnungsgründe, die zuständige vollstreckende Justizbehörde, den Verzicht auf die Anwendung des Grundsatzes der Spezialität, die Entscheidung bei Mehrfachersuchen, die Vorrechte und Immunitäten, die Lage in Erwartung der Übergabeentscheidung und die Durchlieferung nicht vollständig in nationales Recht umgesetzt hat.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-fordert-deutschland-zur-ordnungsgemassen-umsetzung-des-europaischen-haftbefehls-auf-2025-03-12_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_25_503

I n n e r s

Eurostat; Staatsbürgerschaft für mehr als 1 Mio. Menschen im Jahr 2023

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat am 28.02.2025 Daten zu Personen veröffentlicht, die im Jahr 2023 die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaates (MS) erwarben. Demnach erlangten im Jahr 2023 1,1 Mio. Menschen die Staatsangehörigkeit eines MS. Dies entspricht einem Anstieg von rund 6,1% gegenüber 2022. Die meisten neuen Staatsbürgerschaften wurden laut Eurostat von ESP (240.200), ITL (213.600) und DEU (199.800) verliehen. Die Mehrheit (87,6%) der Personen, denen die Unionsbürgerschaft zuerkannt wurde, seien Bürger eines Nicht-EU-Staates. Im Jahr 2023 stellten laut Eurostat syrische Staatsangehörige die größte Gruppe (107.500) der neuen EU-Bürger dar. Die zweitgrößte Gruppe bildeten marokkanische Staatsangehörige (106.500), gefolgt von albanischen Staatsangehörigen (44 400).

Rat; Treffen der für Cybersicherheit zuständigen EU-Minister in Warschau

Beim informellen Treffen der EU-Minister für Telekommunikation in Warschau am 04./05.03.2025 stand laut Rat die Stärkung der Cybersicherheit im Mittelpunkt. Es war das erste Treffen der Minister, das sich ausschließlich mit der Cybersicherheit befasste. Angesichts wachsender Cyberbedrohungen und geopolitischer Spannungen sprachen sie sich für eine engere Zusammenarbeit, bessere Krisenkoordination und eine nachhaltige Finanzierung von Cybersicherheitsmaßnahmen aus. Dazu legten die Minister den „Warschauer Aufruf zu den Herausforderungen der Cybersicherheit“ (Warsaw Call) vor. Ein zentrales Thema darin ist der „European Cyber Blueprint“, der laut Rat die Reaktionsfähigkeit der EU auf groß angelegte Cyberangriffe verbessern soll.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/events/informal-meeting-of-the-eu-ministers-for-telecommunication/>

EP; Negative Folgenabschätzung für Anti-Schleuser-Richtlinie

Das EP hat am 05.03.2025 eine negative Folgenabschätzung zum Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität veröffentlicht. Durch die Richtlinie soll laut EP der bisherige Regelungsrahmen zur Verhinderung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt in der Union erneuert werden. Nach der Folgenabschätzung ist der Richtlinienvorschlag weder mit internationalen, noch mit EU-Standards kohärent, weist ferner erhebliche Unbestimmtheiten auf und enthält zu hohe Strafraum. Außerdem fehlten laut EP-Folgenabschätzung hinreichende Absicherungen der Menschenrechte. Der zu weite Anwendungsbereich berge das Risiko, dass nicht nur tatsächliche (strafwürdige) Schleusungen erfasst würden, sondern vor allem auch Einzelpersonen und Organisationen, die humanitäre Hilfe leisten oder legitime Dienstleistungen erbringen.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2025/765787/EPRS_STU\(2025\)765787_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2025/765787/EPRS_STU(2025)765787_EN.pdf)

Rat; Treffen der EU-Innenministerinnen und -minister in Brüssel

Die Innenministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten kamen am 05.03.2025 im Rahmen der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ in Brüssel zusammen. Dabei konnte laut Rat eine Einigung zu einem gemeinsamen Standpunkt der Mitgliedstaaten zu einer Verordnung über die schrittweise Aufnahme des Betriebs des Einreise-/Ausreisensystems erzielt werden. Zudem tauschten sich die Ministerinnen und Minister über die Auswirkungen der Lage in Syrien auf die innere Sicherheit der EU aus. Sie erörterten laut Rat den Themenkomplex freiwillige Rückkehr sowie die Durchsetzung von Rückführungsentscheidungen für syrische Staatsangehörige, die ein Sicherheitsrisiko darstellen oder verurteilte Straftäter sind. Am Rande der Ratstagung kamen die Innenministerinnen und -minister auch mit ihren Amtskollegen des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit (CLASI) zusammen. Dabei wurden insbesondere Prioritäten bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden schweren und organisierten Kriminalität sowie des illegalen Drogenhandels besprochen.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2025/03/05/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

Kommission; Vorschlag für eine neue Rückführungs-Verordnung vorgelegt

Die Kommission hat am 11.03.2025 einen Vorschlag für eine neue Rückführungs-Verordnung vorgelegt. Mit dem Vorschlag soll dem EU-weit bestehenden Vollzugsdefizit bei Rückführungen entgegengewirkt werden. Hierfür sieht der Vorschlag insbesondere die gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen, strengere Regeln für zur Rückkehr verpflichtete Personen, Anreize für die freiwillige Rückkehr, die Möglichkeit zur Schaffung von Rückkehrzentren in Drittstaaten sowie besondere Vorschriften für Personen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen vor. Als Nächstes müssen nun das EP und der Rat über den Vorschlag entscheiden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_724

Bildung und Kultur

Kommission; Mitteilung zu einer Union der Kompetenzen

Vor dem Hintergrund zunehmender Qualifikationsdefizite in der EU hat die Kommission am 05.03.2025 eine Mitteilung zu einer Union der Kompetenzen angenommen. Die dramatische Schieflage zwischen den erlernten und den tatsächlich von den Unternehmen benötigten Fähigkeiten fordere ein ambitioniertes Vorgehen, so die Kommission in ihrer Begründung. Insbesondere KMU fänden kaum noch Arbeitskräfte mit den richtigen Qualifikationen. 50% der jungen Menschen hätten ungenügende digitale Kenntnisse. Die Leistungen in Lesen, Schreiben und MINT-Fächern gingen weiter zurück und nur 40% der Erwachsenen nähmen an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Die Union der Kompetenzen wird durch einen Aktionsplan für Grundfertigkeiten und ein Pilotprogramm zur Förderung von Grundfertigkeiten ergänzt. Eine EU-Agenda für Lehrerinnen und Lehrer soll den Lehrerberuf attraktiver machen. EU-Qualifikationsakademien sollen Qualifikationen vermitteln, die den wirtschaftlichen Anforderungen von heute und morgen entsprechen. Ziel der Kompetenzunion ist ferner eine bessere Übertragbarkeit von Qualifikationen. Die Kommission beabsichtigt daher u.a., die Arbeiten an einem Europäischen Studienabschluss fortzusetzen und die Entwicklung gemeinsamer europäischer Studienprogramme voranzutreiben. Die Kommission will darüber hinaus auf ein europäisches Berufsbildungsdiplom für die berufliche Aus- und Weiterbildung hinarbeiten. Ferner sollen Talente aus Drittstaaten angezogen und gehalten werden. Dazu soll auch einen EU-Talentpool eingerichtet werden, der durch eine vereinfachte Visastrategie unterstützt werden soll.

https://employment-social-affairs.ec.europa.eu/document/download/915b147d-c5af-44bb-9820-c252d872fd31_en?filename=Communication%20-%20Union%20of%20Skills.pdf

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

20./21.03.2025 Europäischer Rat

Rat

17.03.2025 Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“

17./18.03.2025 Informelle Tagung der Verkehrsminister

18.03.2025 Rat „Allgemeine Angelegenheiten“

20.03.2025 Euro-Gipfel

24./25.03.2025 Informelle Tagung auf Ministerebene „Gesundheit“

24.03.2025 Rat „Landwirtschaft und Fischerei“

27.03.2025 Rat (Umwelt)

28.03.2025 Rat (Allgemeine Angelegenheiten)

Europäische Kommission

19.03.2025 Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung
ReArm-Plan

- SAFE – Sicherheitsmaßnahmen für Europa
- Nationale Ausstiegsklausel
- Flexibilisierung der EU-Instrumente für die Verteidigung

Mitteilung über eine Spar- und Investitionsunion
Aktionsplan für Stahl und Metalle

26.03.2025 EU-Präventionsunion Strategie

Europäisches Parlament

Die nächste Plenarsitzung des Europäischen Parlaments findet vom 31.03. bis 04.04.2025 statt.

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 17.-21.03.2025:

17.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C 258/24 Katholische Schwangerschaftsberatung – Kündigung wegen Austritts aus der katholischen Kirche (DEU)

18.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C 722/23 Rugu und C 91/24 Aucroix – Europäischer Haftbefehl – Vollstreckung der Freiheitsstrafe im Inland (BEL)

20.03.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 365/23 Arce – Erfolgsbeteiligung bei Förderung der Sportkarriere eines zunächst Minderjährigen (LET)

24.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-188/24 WebGroup Czech Republic und NKL Associates und C-190/24 Coyote System – Anwendung inländischer Verbote auf Anbieter digitaler Dienste aus anderen Mitgliedstaaten (FRA)

26.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-338/24 Sanofi Pasteur – Haftung für angebliche Impfschäden (FRA)

26.03.2025

Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-441/21 UBS Group und UBS /, T-449/21 Natixis /, T-453/21 UniCredit und UniCredit Bank /, T-455/21 Nomura International und Nomura Holdings /, T-456/21 Bank of America und Bank of America Corporation /, sowie T-462/21 Portigon / Kommission – Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen

27.03.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-217/23 Laghman – Asyl wegen drohender Blutrache? (AUT)

27.03.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-515/23 Kommission / Italien (Behandlung von kommunalem Abwasser) – Antrag auf Verhängung finanzieller Sanktionen

27.03.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-97/23 P WhatsApp Irland / Europäischer Datenschutzausschuss – Datenverarbeitung durch WhatsApp

27.03.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-34/24 Stichting Right to Consumer Justice und Stichting App Stores Claims – Gerichtliche Zuständigkeit für kollektive Schadensersatzklagen gegen Apple (NDL)

27.03.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-129/24 Coillte Cuideachta Ghníomhaíochta Ainmnithe – Zugang zu Umweltinformationen (IRL)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 28.03.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

Vereinigte Staaten von Amerika	USA
--------------------------------	-----